

# Gezähmtes Geld

Die erfolgreiche Regiowährung Chiemgauer

VON HANS-PETER KASTENHUBER

Lange war die Sorge ums Geld und nicht mehr so groß und das Vertrauen in das Finanzsystem nicht mehr so gering wie 2011. Gibt es Alternativen? Die Organisatoren von Regionalgeld-Initiativen meinen: ja. 24 solcher Projekte gibt es in Deutschland. Am weitesten brachte es bisher der „Chiemgauer“ in den Landkreisen Rosenheim und Traunstein.

**NÜRNBERG** – In solch schweren Zeiten darf man ruhig mal wieder etwas grundsätzlicher fragen. Was ist Geld überhaupt? Im Grunde nichts anderes als ein Zwischentauschmittel. Ein Gutschein also, der den Tausch von Waren und Dienstleistungen in einem komplexer werdenden Wirtschaftssystem ermöglicht.

So war das zumindest mal. Irgendwann entwickelte das Geld nämlich eine Art ökonomisches Eigenleben. Angeblich konnte man es „arbeiten“ lassen. Welch destruktive Wirkung Geld dabei entwickeln kann und wie schwer die damit verbundenen Probleme von der Politik in den Griff zu bekommen sind, das durfte man in den vergangenen Monaten bei diversen Euro-Rettungs-Gipfeln erleben. Über Silvio Gesell, über Negativzins und das gute Beispiel des Chiemgauer haben sich Angela Merkel und Nicolas Sarkozy dabei vermutlich nie unterhalten. Schade eigentlich.

## Ein Schulprojekt

Begonnen hat die Geschichte der Regionalwährung Chiemgauer 2002 in der 10. Klasse der Waldorfschule Prien. Gemeinsam mit sechs Schülern entwickelte Lehrer Christian Gelleri damals die Idee, mit einem selbst ausgegebenen Papiergeld Mitschüler, Lehrer und Eltern zum Einkaufen in Geschäften am Ort zu bewegen. Und die Schule sollte von diesem lokalen Konjunkturprogramm auch profitieren, indem ein Teil der generierten Umsätze als Spende an sie zurückfließt.

Das Unterrichtsprojekt funktionierte. Und zwar so gut, dass es nach einiger Zeit auf eine solidere Basis gestellt werden musste. Als Träger der Initiative wurde der Chiemgauer e.V. gegründet. 2008 kam die Sozialgenossenschaft Regios hinzu, die den Chiem-

gauer ausgibt, seinen Rücktausch und die übrige Abwicklung der Regionalwährung organisiert.

Mehr als 3000 Verbraucher und über 600 Unternehmen machen inzwischen mit. Im vergangenen Jahr wurden sechs Millionen – eins zu eins gegen Euro eingetauscht – Chiemgauer umgesetzt. Der Großteil davon bargeldlos über die „Regiocard“. Jeder Beteiligte kann entscheiden, welche gemeinnützige Einrichtung von seinen Umsätzen profitieren soll. Über 200 Vereine und Einrichtungen stehen auf der Förderliste. Mehr als 200 000 Chiemgauer beziehungsweise Euro sind bisher an sie geflossen.

## Wert verfällt

Dieses Geld stammt unter anderem aus dem „Regionalbeitrag“, der beim Rücktausch von Chiemgauern fällig wird. Wer seine Gutscheine wieder in Euro wechseln möchte, muss nämlich fünf Prozent Gebühr bezahlen. Zudem sorgt eine zweite Regel dafür, dass Verbraucher und Unternehmen ihre Chiemgauer lieber schnellstmöglich gegen Waren oder Dienstleistungen eintauschen: Zu jedem Quartalsbeginn muss die Gültigkeit der Scheine verlängert werden, indem eine Marke aufgeklebt wird, für die zwei Prozent des Gutscheins-Werts zu bezahlen sind.

Wobei man endlich bei der fast 100 Jahre alten Idee des Finanztheoretikers Silvio Gesell wäre. Der hatte erkannt, dass das Horten von Geld zu Spekulationszwecken immer wieder zu verheerenden Krisen führt. Dem Wirtschaftskreislauf wird das Schmiermittel entzogen. Warenproduzenten und Händler müssen sich Geld gegen Zinszahlung teuer leihen. Die Arbeitsleistung ihrer Beschäftigten kann nicht mehr angemessen entlohnt werden. Folge: Die Schere zwischen



Der Chiemgauer: schmuckloses Regional-Geld, das in den Landkreisen Rosenheim und Traunstein mittlerweile von über 600 Geschäften sowie kleinen und mittleren Unternehmen als Zahlungsmittel akzeptiert wird. Foto: Alex Subrizi

Arm und Reich öffnet sich. Gesell schlug exakt das vor, was im kleinen Chiemgauer Feldversuch passiert: Geldhorten wird nicht mit Zinszahlung belohnt, sondern mit „Negativzins“ bestraft.

„Man muss dem Geld Beine machen“, sagt der Gesell-Jünger Christian Gelleri. Die alle drei Monate fällig werdende Zwei-Prozent-Gebühr ist nichts anderes als ein Negativzins von acht Prozent. Wer Chiemgauer hortet, gewinnt nicht die Macht übers Wirtschaftssystem, sondern hat zum Quartalsbeginn den Schwarzen Peter in der Hand.

In der heutigen Welt hat sich hingegen das Geld weitgehend vom realen Wirtschaftsgeschehen losgelöst. An einem einzigen Tag wird mittlerweile in teils hochriskanten Finanzgeschäften eine Geldsumme um den Globus gejagt, die in etwa dem jährlichen

Bruttosozialprodukt der gesamten Welt entspricht. Gelleri: „Und wenn der realen Wirtschaft dieses Geld fehlt und das Wachstum erlahmt, kennt die Politik meist nur ein Rezept: Sie lässt die Notenbanken neues Geld drucken.“ Der Weg in die Schuldenkrise ist programmiert.

## Pragmatische Interessen

Christian Gelleri, der mittlerweile seinen Lehrerberuf an den Nagel gehängt hat und gegen ein deutlich schlechteres Gehalt, aber mit großer Begeisterung im Vollzeitjob für seine Regionalgeld-Idee arbeitet, schätzt, dass sich höchstens jeder Zehnte, der mit Chiemgauern zum Einkaufen geht, für die Theorie des Negativzins und den alten Silvio Gesell interessiert. Das entmutigt den 38-Jährigen nicht. Dass durch sein Projekt regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt

und soziale Initiativen gefördert werden, ist ihm fürs Erste positiver Effekt genug.

Wie viele Finanzkrisen und zusammenbrechende Volkswirtschaften die Menschheit noch erleben muss, bis die Politik den Mut aufbringt, über Mechanismen nachzudenken, die den Geldumlauf sichern und Finanzspekulationen unattraktiv machen, weiß Gelleri nicht. Aber es gibt auch Meldungen, die ihm Hoffnung machen. So hat beispielsweise der Harvard-Professor und einflussreiche US-Makroökonom Gregory Mankiw vor einiger Zeit den Vorschlag geäußert, man könne das Geldausgeben anregen, indem man regelmäßig auslose, welche Endziffer von Dollarscheinen zur augenblicklichen Ungültigkeit derselben führen. Eine etwas unelegante Methode der Umlaufsicherung. Aber immerhin.

# Steuer gegen Hüftspeck

In Frankreich verteuern sich zuckerhaltige Getränke stark



Wer in Frankreich künftig Lust auf süße Limonaden hat, muss tiefer in die Tasche greifen.

Foto: afp

VON BIRGIT HOLZER

In Frankreich werden Süßgetränke seit Jahresbeginn höher besteuert. Die Regierung rechtfertigt das Gesetz mit dem Kampf gegen Fettleibigkeit – erhofft sich aber vor allem 280 Millionen Euro für die Staatskasse.

**PARIS** – Es ist nicht bekannt, ob die Franzosen in den letzten Tagen des Jahres noch Hamster-Vorräte an Cola, Limonade und gezuckerten Fruchtsäften angelegt haben. Ausgezahlt hätte es sich aber für die Liebhaber flüssiger Dickmacher: Seit gestern hat sich deren Preis in Frankreich verteuert.

Im neuen Jahr greift die sogenannte „Soda-Steuer“, die jede Dose zucker- oder süßstoffhaltiger Getränke um zwei Cent, jede Flasche um 15 bis 20 Cent teurer macht. Dabei handelt es sich, genau genommen, gar nicht um eine Extra-Steuer. Vielmehr verlieren Limonaden, Säfte mit Zucker-Zusatz, aber auch Light-Getränke mit Süßstoff den Status als Produkte „erster Notwendigkeit“ und damit den geringeren Mehrwertsteuersatz von bisher 5,5 und künftig sieben Prozent. Cola und Co. werden von nun an mit 19 Prozent besteuert.

Nachdem das Parlament die Neu-Regelung abgesegnet hatte, wies der Verfassungsrat nun eine Beschwerde von 60 sozialistischen Abgeordneten ab: Das neue Gesetz sei keine Benachteiligung einer Produktgruppe und entspreche durchaus dem „Ziel der

öffentlichen Gesundheitsförderung“. Vor allem aber entspricht es dem Ziel der konservativen Regierung, das Staatsdefizit zu reduzieren, das bei knapp 1,7 Billionen Euro liegt und mit 85,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deutlich über den Maastricht-Kriterien.

Durch die Drohung der US-Ratingagenturen, Frankreich mittelfristig die Bestnote AAA der Kreditwürdigkeit abzuerkennen und damit neue Anleihen zu verteuern, sah sich die französische Regierung zu zwei milliardenschweren Sparpaketen gezwungen. Angesichts der im Frühjahr anstehenden Präsidentschaftswahlen wagte sie hingegen keine strukturellen Änderungen, sondern sparte vorrangig bei Steuer-Privilegien und anderen Nischen wie den Süßgetränken.

Rund 280 Millionen Euro soll die Maßnahme in die Staatskasse spülen. Das Geld kommt zu gleichen Teilen dem Agrarsektor und der hoch verschuldeten Gesundheits- und Sozialkasse zugute.

## Erfolgreiche Lobbyisten

Vorrangig wird das Gesetz mit dem Kampf gegen die Fettleibigkeit gerechtfertigt, einem wachsenden Problem auch in Frankreich, der schlanksten Nation Europas. Dass gerade die Ärmere, Kinder und Jugendlichen nun mehr für ihre Lieblingsgetränke ausgeben sollen, sorgt für Kritik – eine Mehrheit der Franzosen spricht sich gegen den Versuch aus, ihre Ernährung zu steuern.

Wenn, dann sollte doch lieber der Preis für gesunde Lebensmittel wie Obst, Gemüse oder Fisch weiter gesenkt werden, schlug die Vizepräsidentin des Verbandes der Ernährungswissenschaftler, Thérèse Libert, vor. Der schärfste Widerstand kam von den Herstellern selbst, deren Lobby-Bemühungen fruchtlos waren. Coca-Cola drohte in einer ersten Reaktion sogar, eine Investition von 17 Millionen Euro zu stoppen. Der Konzern erklärte das dann aber mit einem „Kommunikations-Irrtum“.

# Kredit-Ärger auch im neuen Jahr

Bundespräsident Christian Wulff muss sich gegen Vorwürfe verteidigen

VON HARALD BAUMER

**BERLIN** – Die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr gilt in mancher Hinsicht als Ausnahmezustand. Viele nehmen Urlaub. Sie denken – selbst wenn sie daheim bleiben – an andere Dinge als an Neuigkeiten aus der Politik. Genau das war die Hoffnung von Union und FDP gewesen. Die Bürger sollten zwischen Festtagsbraten und Silvesterkrachern tunlichst nicht darüber nachdenken, dass es da noch einen Bundespräsidenten gibt, der wegen günstiger Hauskredite und Urlaubsreisen zu reichen Freunden in der Kritik steht. Die Rechnung ist nicht aufgegangen.

Das neue Jahr begann so, wie das alte geendet hatte: mit wieder neuen Details aus dem Privatleben von Christian Wulff. Vor allem das Darlehen bei der Stuttgarter BW-Bank, mit dem der damalige Ministerpräsident einen ebenfalls umstrittenen Kredit bei dem Unternehmer Egon Geerkens abgelöst hatte, liefert nun Anlass zur

Kritik. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens: Es handelte sich um ein kurzfristiges, rollierendes Geldmarktdarlehen, das eigentlich gar nicht für „Normalkunden“ gedacht ist. Laut Spiegel lagen die Zinsen im Bereich von 0,9 bis 2,1 Prozent und damit um die Hälfte niedriger als bei anderen Hausleibern in diesem Zeitraum.

Zweitens: In seiner Erklärung vom 15. Dezember sprach Wulff davon, dieses Geldmarktdarlehen sei nun „in ein langfristiges Bankdarlehen festgeschrieben“. Das stimmte offensichtlich nur zum Teil, denn man hatte sich zwar auf die Vertragsbedingungen geeinigt, aber unterschrieben hat der Präsident erst am 21. Dezember.

## Verspätetes Dankeschön?

Drittens: Die Heimat der BW-Bank ist auch die Heimat des schwäbischen Autobauers Porsche. Der wiederum wurde vom VW-Konzern (Mitbesitzer: das Land Niedersachsen) gerettet. Deswegen spekuliert *Der Spiegel* darüber, ob es sich bei dem günstigen

Kredit um ein verspätetes „Danke-schön“ gehandelt haben könnte. In der Bank bezeichnete man das allerdings als „absoluten Blödsinn“.

Unverändert spaltet die Angelegenheit Wulff auch das Volk. Die einen finden, viele seiner Handlungen hätten mindestens ein „G'schmäckle“, wenn es nicht sogar die unerlaubte Vorteilsannahme durch einen hochrangigen Politiker sei. Die anderen sehen eine Hetzjagd gegen das Staatsoberhaupt. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger etwa warnt, weitere Diskussionen würden „nur Schaden“ am Präsidentenamt anrichten. Bundestagspräsident Norbert Lammert ermahnt die Medien zu überlegen, ob sie nicht selbst Fehler gemacht und bei ihren Veröffentlichungen über Wulff nicht immer nur an Aufklärung gedacht hätten.

In Unionskreisen gilt der erste Mann im Staat derzeit nicht als ernsthaft rücktrittsgefährdet. Die neuen Erkenntnisse seien nicht dramatisch genug, um ihn zu gefährden. Im Gegenteil: Die Details der Immobilienkredite begannen die Bürger allmählich zu langweilen. Außerdem sei es Wulff nach Jahrzehnten in der Politik gewohnt, in der Kritik zu stehen. Ein spontaner Abschied wie bei Vorgänger Horst Köhler müsse nicht befürchtet werden.

Auch einen persönlichen Aspekt solle man bei dem Präsidenten nicht vergessen: Wulff ist erst 52, nach dem Verlust des höchsten Amtes im Staat gäbe es für ihn außer ehrenamtlichen Jobs keine Beschäftigung mehr. Das könnte für jemanden, der schon mit 16 Jahren in der Schüler Union aktiv war, ziemlich langweilig werden. Es ist nämlich nicht üblich, dass Bundespräsidenten im politischen Geschehen noch ganz konkret mitmischen. Schließlich erhalten sie ja Zeit ihres Lebens einen Ehrensold in Höhe von rund 200 000 Euro pro Jahr.



Er wird auch zu Beginn des neuen Jahres vom Schatten der Vergangenheit über die Aussagen zu seinem Kredit eingeholt: Bundespräsident Christian Wulff bleibt unter Druck. Foto: ddpd